OpenDoors
Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
37

LÄNDERPROFIL

Mexiko

Platz 37 / 68 Punkte (2023: Platz 38 / 67 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die verstärkte Präsenz krimineller Gruppen und ihr Kampf um territoriale Kontrolle bedeuten, dass Christen und Gemeindeleiter, die in den umkämpften Gebieten leben, ständig der Gefahr gezielter Übergriffe ausgesetzt sind. Dies geschieht immer dann, wenn Christen als Bedrohung für kriminelle Machenschaften wahrgenommen werden oder sie auf die Forderungen der kriminellen Gruppen nicht eingehen. In indigenen Gemeinschaften werden häufig synkretistische Bräuche praktiziert, die mit dem Katholizismus in Verbindung stehen. Diejenigen, die sich von diesen Praktiken abwenden, werden mit Ablehnung und Strafen wie Geldstrafen, Inhaftierung, eingeschränktem Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Zwangsumsiedlung konfrontiert. Dies geschieht ohne ordnungsgemäße Ermittlungen und ohne Beistand durch die staatlichen Behörden. Die allgemeine gesellschaftliche Intoleranz gegenüber dem christlichen Glauben und christlichen Überzeugungen nimmt weiter zu. Sie richtet sich insbesondere gegen Christen, die sich auf der Grundlage ihres Glaubens zu Themen wie Ehe, Familie und Schutz des Lebens äußern. Öffentliche Äußerungen des christlichen Glaubens unterliegen einer strengen rechtlichen Kontrolle.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG
Präsident Andrés Manuel López Obrador

BEVÖLKERUNG
132.834.000

CHRISTEN
126.876.000 / 95,5 %
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION
Christlicher Glaube

STAATSFORM
Föderale Präsidialrepublik

Hintergrund

Präsident Andrés Manuel López Obrador (im Folgenden AMLO abgekürzt) ist seit 2018 im Amt. Trotz seiner Versprechen, Korruption und Gewalt zu bekämpfen, leidet das Land weiterhin unter Gewalt und Unsicherheit. Darüber hinaus wurden Anschuldigungen gegen die Polizei, die Nationalgarde und sogar die Regierung erhoben; darin geht es um Absprachen mit Drogenbossen, Amtsmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen. Einige Bereiche der Zivilgesellschaft stufen die von AMLO (im Rahmen seines politischen Plans »Vierte Transformation«) ergriffenen politischen Maßnahmen als Diktatur ein. Diese Einstufung ist darin begründet, dass AMLO versucht, die Autonomie unabhängiger Behörden, die die Macht des Präsidenten kontrollieren sollen, zu beenden und die Macht in der Exekutive zu konzentrieren.

Mexiko hat keine Staatsreligion, und an staatlichen Schulen gibt es keinen Religionsunterricht. Dies geht auf die Verfassung von 1857 zurück, in der die offizielle Trennung von Staat und Kirche festgeschrieben wurde. Nach dem Gesetz zur Regelung religiöser Organisationen ist es Kirchenvertretern nicht gestattet, öffentlich politische Meinungen zu äußern oder öffentliche Ämter zu bekleiden. Im Gegenzug dürfen staatlichen Behörden sich nicht in interne Angelegenheiten religiöser Vereinigungen einmischen. Die Intoleranz gegenüber Christen, die ihre auf ihrem Glauben beruhenden Ansichten verteidigen, hat zugenommen. Die Ursache dafür ist häufig eine falsche Auslegung der Trennung von Kirche und Staat.

Die Volks- und Wohnungszählung 2020 ergab, dass indigene Haushalte 11.800.247 Menschen umfassen; allerdings muss man beachten, dass es aufgrund von Covid-19 Schwierigkeiten bei der Erfassung gab. In einigen dieser indigenen Gemeinschaften sehen sich Christen mit Widerstand konfrontiert, wenn sie nicht den religiösen Praktiken und Bräuchen ihres Stammes folgen. Da die Anführer der indigenen Gruppen diejenigen sind, die in ihren jeweiligen Gebieten Recht sprechen, wird die Religionsfreiheit der indigenen Bevölkerung von den lokalen (staatlichen) Behörden nicht garantiert.

Die größte christliche Konfession in Mexiko ist die römisch-katholische Kirche, auf die nach Schätzungen der World Christian Database (WCD) 2023 92,8 % aller Christen entfallen. Die protestantischen Kirchen gewinnen allerdings an Mitgliedern und Sichtbarkeit, insbesondere in ländlichen Gebieten. Auch Pfingstkirchen gewinnen immer mehr an Einfluss, vor allem im politischen Kontext.

Aufgrund der zunehmenden Gewalt gegen Kirchenleiter und ihre Aktivitäten (sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten) haben insbesondere katholische Leiter begonnen, auf die Gefahren hinzuweisen, denen sie ausgesetzt sind. Sie fordern von der Regierung die Einführung einer wirksameren Sicherheitsstrategie. Daraufhin wurden sie von AMLO scharf kritisiert und unter anderem als »Heuchler« bezeichnet.

Ebenso werden christliche Menschenrechtsaktivisten und Konfliktvermittler von den staatlichen Behörden als Kriminelle behandelt, wenn sie sich weigern, Vereinbarungen zu akzeptieren, die mit Aspekten von Korruption einhergehen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	126.876.000	95,5
Muslime	138.000	0,1
Hindus	12.500	< 0,1
Buddhisten	31.700	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	1.407.000	1,1
Juden	40.000	< 0,1
Bahai	47.600	< 0,1
Atheisten	157.000	0,1
Agnostiker	4.085.000	3,1
Andere	39.900	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Hauptgebiete für organisiertes Verbrechen und Korruption: Kriminelle Netzwerke haben sich über das gesamte mexikanische Staatsgebiet ausgebreitet und beschränken sich nicht mehr auf die sogenannten »Narco-Staaten«.

Nationalen Medien zufolge gibt es 159 kriminelle Gruppen, die im ganzen Land aktiv sind. Dem US-amerikanischen Congressional Research Service zufolge ist in jedem Bundesstaat mindestens ein Kartell aktiv.

Hauptgebiete für Unterdrückung durch den Stamm: Die Verletzung der Rechte von Christen innerhalb indigener Gemeinschaften findet vor allem im Süden Mexikos statt, d. h. in den Bundesstaaten Chiapas, Guerrero, Hidalgo, Jalisco, Nayarit, Oaxaca, Puebla, Yucatán und Zacatecas.

Hauptgebiete für säkulare Intoleranz: Christen im ganzen Land sind von nationalen Gesetzen betroffen, die eine radikale Auffassung der Trennung von Kirche und Staat und der Nichtdiskriminierung unterstützen. Vandalismus an Kirchengebäuden und Intoleranz gegenüber Christen, die in strittigen Fragen christliche Ansichten vertreten, sind jedoch besonders in Bundesstaaten wie Colima, Jalisco, Guanajuato, Morelos, Mexiko-Stadt, México, Oaxaca und Veracruz anzutreffen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex 2022 von Transparency International ist Mexiko auf Platz 126 von 180 Ländern eingestuft. Das hohe Maß an Straflosigkeit und Korruption hat Beobachter dazu veranlasst, Mexiko als »Narco-Staat« zu bezeichnen. Christen, die Informationen über illegale Aktivitäten an die Behörden weitergeben, über Sünde und soziale Gerechtigkeit predigen und/oder als Verteidiger von Menschenrechten auftreten, werden von kriminellen Gruppen als Bedrohung ihrer Interessen angesehen. Sie können schnell zur Zielscheibe von Repressalien, Angriffen, Überwachung, Erpressung, Einbrüchen und Raubüberfällen auf ihre Gotteshäuser und Wohnungen, Todesdrohungen, Entführungsversuchen und sogar Morden werden. Bei ihrem Vorgehen gegen Leiter von Kirchen und Gemeinden zeigen kriminelle Gruppen ein steigendes Maß an Grausamkeit.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Der Staat interveniert unter indigenen Gemeinschaften nur minimal, da er ihnen das Recht auf Autonomie zugesteht. In solchen Gemeinschaften versuchen die Stammesführer, einen Lebensstil durchzusetzen, der durch animistische oder synkretistische Bräuche geregelt wird. Wenn Christen indigener Herkunft solche Bräuche ablehnen, werden sie von

der Gemeinschaft unter Druck gesetzt. Dies kann bedeuten, dass sie zwangsumgesiedelt, mit Geldstrafen belegt, isoliert, inhaftiert, geschlagen oder von grundlegenden Dienstleistungen der Gemeinschaft ausgeschlossen werden oder dass ihr Eigentum zerstört wird. Über die Comisión Nacional de los Derechos Humanos, die Nationale Menschenrechtsinstitution Mexikos, wurden Maßnahmen ergriffen, um die körperliche Unversehrtheit und die persönliche Sicherheit von Christen indigener Herkunft zu gewährleisten. Trotzdem wird den zuvor beschriebenen Angriffen auf Christen nicht immer ausreichend nachgegangen.

Säkulare Intoleranz

Ideologische Interessengruppen sowie einige Regierungsbehörden versuchen, eine säkularistische Agenda zu fördern. Sie zielt darauf ab, die Beteiligung von Christen am öffentlichen Leben einzuschränken, insbesondere wenn sie öffentliche Ämter bekleiden. Christen erleben zunehmend gesellschaftliche Intoleranz, wenn sie ihre auf dem christlichen Glauben basierenden Ansichten zum Ausdruck bringen – auch am Arbeitsplatz oder in der Schule. Vandalismus an kirchlichem Eigentum nimmt zu, doch die Behörden führen nur selten gründliche Untersuchungen durch, da sie diese Vorfälle nicht als »echtes Problem« betrachten.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Hierzu gehört vor allem die römisch-katholische Kirche, aber es gibt auch kleine orthodoxe, presbyterianische und anglikanische Gemeinschaften in Mexiko. Christen aus der römisch-katholischen Kirche sind von den Aktivitäten krimineller Banden und der Korruption lokaler Behörden besonders betroffen; dabei kann es auch zu Gewalt gegen Gemeindeleiter kommen. Einigen traditionellen Kirchen steht es nicht frei, ihren Glauben mit Mitgliedern indigener Gemeinschaften zu teilen, die animistische und synkretistische Bräuche praktizieren. Christen aus traditionellen Kirchen haben mit der zunehmenden säkularen Intoleranz zu kämpfen. So versuchen ideologische Interessengruppen zu verhindern, dass auf dem christlichen Glauben basierende Meinungen in der Öffentlichkeit gehört werden; dabei kommt es auch zu Akten von Vandalismus an Kirchen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu den christlichen Konvertiten zählen in Mexiko Christen, die von traditionellen Kirchen zu anderen Denominationen übergetreten sind, Christen mit einem kriminellen (Banden-)Hintergrund sowie Christen indigener Herkunft, die die religiösen Praktiken ihrer Gemeinschaft aufgegeben haben. Die religiösen Praktiken indigener Gemeinschaften können auf dem Ahnenkult und Animismus beruhen oder synkretistisch sein (meist mit dem römisch-katholischen Glauben verbunden). Indigene Konvertiten stehen oft unter erheblichem Druck, ihren neuen Glauben aufzugeben. Ihnen drohen Gewalt, Verhaftung und sogar Ausschluss aus der Gemeinschaft.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Christen aus evangelikalen Gemeinden, Pfingstgemeinden und der Erneuerungsbewegung leiden unter Vergeltungsmaßnahmen von Mitgliedern indigener Gemeinschaften, die keine anderen religiösen Gruppen in ihrer Gemeinschaft akzeptieren. In Gebieten, die vom organisierten Verbrechen kontrolliert werden, laufen Christen aus diesen Gemeinden außerdem Gefahr, wegen ihrer aktiven Weitergabe des Evangeliums unter Druck gesetzt oder angegriffen zu werden. Außerdem werden sie kritisiert und bedroht, wenn sie ihre religiösen Ansichten in der Öffentlichkeit vertreten.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Seit der Covid-19-Pandemie spielen Online-Plattformen eine wichtigere Rolle als je zuvor. Für kriminelle Gruppen wurde es dadurch einfacher, Christen ins Visier zu nehmen, die sich auf diesem Weg gegen Gewalt und illegale Aktivitäten aussprechen. Christen, die in den sozialen Medien christlich begründete Ansichten zu Themen wie Familie, Ehe und der Unantastbarkeit des Lebens vertraten, wurden kritisiert, verspottet und angegriffen. In einigen indigenen Gemeinschaften nahm die Überwachung von Christen in ihren Reihen nach der Pandemie stark zu. Wenn christliche Symbole gefunden wurden, wurden sie in den meisten Fällen zerstört und ihre Eigentümer bestraft. Christliche Konvertiten aus kriminellen Gruppen oder mit indigenem Hintergrund laufen Gefahr, von ihren Familienangehörigen denunziert und mit Repressalien belegt zu werden.

Familienleben

Auch Kinder Indigenen geraten unter Druck wenn ihre Eltern den christlichen Glauben angenommen und den traditionellen Glauben der Gemeinschaft aufgegeben haben. Ihnen wird gedroht, sie von ihren Eltern zu trennen, oder sie werden daran gehindert, von den eigenen Eltern unterrichtet zu werden. Auch das organisierte Verbrechen ist eine Ursache für die Trennung von Familien: Die Gefahr von Angriffen kann so groß sein, dass einige christliche Familienmitglieder gezwungen sind, sich einen anderen, sichereren Ort zum Leben zu suchen. Die Rekrutierung von Kindern durch kriminelle Gruppen ist sprunghaft angestiegen. Die Kinder werden benutzt, um Drogen in Lebensmitteln und Medizin zu schmuggeln und in den sogenannten Selbstverteidigungsgruppen zu kämpfen. Zwangsvertreibung aus ihren indigenen Gemeinschaften ist eine weitere häufige Gefahr für Christen indigener Herkunft. Christliche Eltern haben zudem Schwierigkeiten, ihre Kinder gemäß ihrem religiösen Glauben zu erziehen, und zwar aufgrund verbindlicher Inhalte im schulischen Lehrplan und einiger gesetzlicher Vorschriften.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden sowohl in indigenen Gemeinschaften als auch in Gebieten, die vom organisierten Verbrechen beherrscht werden, genau überwacht. Innerhalb indigener

Gemeinschaften sind Christen Schikanen, Geldstrafen, Drohungen und Zwangsumsiedlungen ausgesetzt, wenn sie sich weigern, an Gemeinschaftsaktivitäten teilzunehmen, die dem christlichen Glauben widersprechen. Kriminelle Gruppen erpressen Schutzgeld von Gemeindeleitern und anderen Christen, damit diese ihre Aktivitäten ungestört ausführen können. Am Arbeitsplatz sehen sich Christen aufgrund der »Nichtdiskriminierungspolitik« in manchen Situationen Druck ausgesetzt, bestimmte Forderungen zu befolgen und an Aktivitäten teilzunehmen, die gegen ihr Gewissen verstoßen.

Leben im Staat

Artikel 24 der Verfassung gewährt Religions- und Weltanschauungsfreiheit, schränkt aber auch die Äußerung und Lehre des eigenen Glaubens ein. Auch die Möglichkeit, sich in einem politischen Kontext klar zu seinem Glauben zu bekennen, unterliegt Einschränkungen. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird durch Gesetze und Gerichte eingeschränkt. Staatlichen Behörden erlauben kriminellen Gruppen im Zusammenhang mit der tiefverwurzelten Korruption, Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu behindern. Dies trifft besonders Organisationen, die mit Jugendlichen oder Migranten arbeiten und Programme zur Drogen- und Kriminalitätsprävention anbieten. Weil sich indigene Gemeinschaften autonom verwalten dürfen, werden religiöse Konflikte, die Christen indigener Herkunft betreffen, in den meisten Fällen nach den Bräuchen des Stammes geregelt. Die gesetzlichen Vorgaben für Nichtdiskriminierung und strikten Säkularismus werden häufig dazu benutzt, ein Klima der Selbstzensur gegen Christen zu fördern, wenn diese ihre auf dem Glauben basierenden Ansichten im öffentlichen Raum zum Ausdruck bringen wollen.

Kirchliches Leben

In indigenen Gemeinschaften werden besonders diejenigen Christen indigener Herkunft schikaniert, die als christliche Leiter betrachtet werden. Auch ihre Familien erfahren Schikane. Diejenigen, die ihre Stimme gegen ihre Verfolger erheben, erfahren Feindseligkeiten, werden bedroht, zwangsvertrieben oder verhaftet. In Gebieten, in denen das organisierte Verbrechen dominiert, reagieren kriminelle Gruppen oft mit gewaltsamer Vergeltung, wenn Christen sie anzeigen. Gemeindeleiter und ihre Familien werden häufiger als andere Opfer von Schutzgelderpressung, insbesondere wenn sie in der Seelsorge tätig sind. Christliche Predigten und Lehren werden von Lobbygruppen genauestens beobachtet. Diese Gruppen, die teilweise von Regierungsbeamten unterstützt werden, stempeln religiöse Leiter als »hasserfüllt«, »diskriminierend« oder respektlos gegenüber dem Säkularismus ab.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Januar 2023: Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte hat besondere Sicherheitsmaßnahmen für elf Mitglieder der Jesuitengemeinschaft von Cerocahui (Bundesstaat Chihuahua) gefordert. Die betroffenen Christen waren von kriminellen Gruppen angegriffen und bedroht worden, so dass sie ihre pastorale Arbeit nicht mehr ausüben konnten. Zwei Jesuitenpfarrer in Cerocahui waren im Juni 2022 ermordet worden.

- Januar 2023: María Concepción Hernández Hernández, eine Christin und Mitglied der Iglesia Bautista Gran Comisión, wurde von den Anführern ihres Dorfes Rancho Nuevo (Bundesstaat Hidalgo) an einen Baum gebunden und schwer geschlagen. Sie wurde angegriffen, nachdem sie eines ihrer Grundstücke aufgesucht

hatte, um der Bitte eines Nachbarn nachzukommen, dort zwei Bäume zu entfernen. Seit 2015 haben die örtlichen Behörden den Angehörigen der religiösen Minderheit den Zugang zu ihrem Land und dessen Nutzung für landwirtschaftlichen Anbau untersagt.

- August 2023: Miguel Montoya Moreno, Vikar für Gerechtigkeit und Frieden der Diözese San Cristóbal De Las Casas (Bundesstaat Chiapas), prangerte öffentlich die zunehmenden Drohungen gegenüber Pfarrern an, die sich zu schwerer Gewalt äußern. Die Drohungen gingen sowohl von kriminellen Gruppen als auch von Regierungsvertretern aus. Moreno rief dazu auf, die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidigern zu beenden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	37	68
2023	38	67
2022	43	65
2021	37	64
2020	52	60

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2023 ist die Wertung von Mexiko insgesamt um 1,7 Punkte gestiegen. Der Wert für Gewalt ist weiterhin extrem hoch und hat sich sogar leicht erhöht. Aber der Punkteanstieg ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich der Druck im Privatleben aufgrund neuer Berichte über betroffene indigene Christen merklich erhöht hat. Die größte Bedrohung für die Kirche geht weiterhin von kriminellen Gruppen aus, die weite Teile des Staatsgebiets kontrollieren. Sie betrachten Christen, die sich aufgrund ihres Glaubens in der Gesellschaft, für Frieden und Menschenrechte engagieren, als potenzielles Risiko für ihre illegalen Aktivitäten.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die anhaltende organisierte Gewalt bringt unter anderem Femizide, zunehmende häusliche Gewalt und Menschenhandel mit sich. Die kriminellen Gruppen haben die Covid-19-Pandemie ausgenutzt, um ihre Aktivitäten zunehmend ungestraft auszuweiten. Mädchen können unter dem Deckmantel der Mitgift verkauft werden, und sie sind ein leichtes Ziel für Entführungen und sexuelle Sklaverei durch bewaffnete Gruppen. Christliche Mädchen werden aufgrund ihrer vermeintlichen Gefügigkeit zur Zielscheibe. Sie können gezwungen werden, Beziehungen zu Mitgliedern krimineller Gruppen zu unterhalten. In indigenen Gemeinschaften ist Zwangsheirat ebenso üblich wie körperliche und verbale Misshandlung von christlichen Konvertitinnen.

Männer: Vor dem Hintergrund anhaltender Gewalt und organisierten Verbrechens stehen junge Männer und Jungen in der Gefahr, getötet zu werden. In Gebieten, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden, besteht die Gefahr der Indoktrination und Zwangsrekrutierung; wer Widerstand leistet, wird bedroht, entführt und getötet. Männer sind als Familien- und Kirchenoberhäupter starkem Druck und Gewalt ausgesetzt, da Pastoren und Gemeindeleiter am häufigsten Opfer von Geldstrafen und Erpressung werden. Sie werden ins Visier genommen wegen ihrer gemeinnützigen Arbeit und weil sie sich gegen illegale Aktivitäten aussprechen. Christliche Konvertiten mit indigenem Hintergrund sind Schlägen, Schikanen und Ablehnung durch die Gemeinschaft ausgesetzt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) für 2022 heißt es: »Der Nationale Rat zur Verhinderung von Diskriminierung (CONAPRED) der mexikanischen Regierung hat auch im Jahr 2022 religiöse Diskriminierung gegen Mitglieder von LLDM [Kirche ›La Luz del Mundo‹] dokumentiert.« Das schließe auch verbale Belästigung ein. Es habe auch Berichte über Diskriminierung von Juden und über antisemitische Inhalte im Internet gegeben.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Mexiko hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Mexiko kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten aus indigenen Gemeinschaften werden von ihrer Familie und Gemeinschaft unter Druck gesetzt und gewaltsam gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder aus indigenen Gemeinschaften werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert
(ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christliche Leiter werden überwacht und ihre Aktivitäten intensiv beobachtet (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertitinnen aus indigenen Gemeinschaften sind der Gefahr einer Zwangsheirat ausgesetzt (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)

Wann Open Doors von Christenverfolgung spricht

Das überkonfessionelle christliche Hilfswerk Open Doors unterstützt seit 1955 verfolgte Christen, mittlerweile in mehr als 70 Ländern. Zudem dokumentiert Open Doors, in welcher Intensität und in welchem Umfang Christen in ihren Heimatländern aufgrund ihres Glaubens Verfolgung, Diskriminierung und Rechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Christen werden wegen ihres Glaubens an Jesus Christus verfolgt und diskriminiert:

1. **DIREKT** durch Regime, politische, religiöse und kriminelle Gruppen, durch die Gesellschaft und die eigene (Groß-)Familie: in Form von Razzien, Verhaftungen, Folter, Verurteilungen ohne fairen Prozess und aufgrund falscher Anschuldigungen, Überwachung, Gewalt gegen Christen und ihre Kirchen und Einrichtungen, Plünderung, Raub, Versklavung, Schläge, Tötungen, Diskriminierung im Arbeits- und Bildungsbereich und vieles mehr;

2. **INDIREKT** durch Regime, die die Rechte der Christen nicht schützen.

Open Doors spricht von Verfolgung und Diskriminierung von Christen, wenn ihr Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit verletzt und/oder nicht geschützt wird oder ihnen das Recht verweigert wird, ihren Glauben auszuüben.

Die Bilder in diesem Länderprofil wurden zu Illustrationszwecken verwendet.

Open Doors Deutschland e.V.
Postfach 11 42 · 65761 Kelkheim
T 06195 6767-0
E info@opendoors.de · **I** www.opendoors.de

Pressebüro
T 06195 6767-180
E pressebuero@opendoors.de

OpenDoors
Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit